

Merck Life Science KGaA
Frankfurter Straße 250
HPC U026/002
64293 Darmstadt

Geschäftszeichen: **IV/Da 43.2-53u11-MLSD-121b-MG**
Ihr Ansprechpartner: Dr. Gregor Meyer
Telefon: 06151 12 - 5282
E-Mail: gregor.meyer@rpda.hessen.de
Datum: 10. Dezember 2024

Genehmigungsbescheid

I. Tenor

1. Auf Antrag vom 9. Juni 2024 wird der

**Merck Life Science KGaA,
Frankfurter Straße 250, 64293 Darmstadt**

nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) die Genehmigung erteilt, auf dem

Grundstück in	Darmstadt,
Gemarkung	Darmstadt,
Flur	32,
Flurstück	1/5,
Gebäude	H2, H3, H4,
Rechts- und Hochwert	Z: 32U / E: 474901.031/N: 5526829.628

eine Anlage zur Herstellung von Stoffen durch biochemische Umwandlung wesentlich zu ändern und zu betreiben.

Diese Genehmigung ergeht nach Maßgabe der unter Abschnitt IV dieses Bescheides aufgeführten Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen und unter den in Abschnitt V festgesetzten Nebenbestimmungen.

Die Genehmigung berechtigt zur

- (1) kommerziellen Produktion von 0,3 kg/a Lipochitooligosaccharid (LCO) im Labormaßstab innerhalb der Labore H2/R015, H3/214, H3/215,
- (2) kommerziellen Produktion von 1,085 kg/a Cyclopeptide-5 Stufe 12 (CP5) im Labormaßstab innerhalb des Labors H4/452.

2. Die Kosten des Verfahrens hat die Antragstellerin zu tragen.

II. Maßgebliches BVT-Merkblatt

Für die hiermit genehmigte Anlage ist das BVT-Merkblatt „Organische Feinchemikalien“ vom Dezember 2005 maßgeblich.

III. Eingeschlossene Entscheidungen

Der Genehmigungsbescheid ergeht unbeschadet behördlicher Entscheidungen, die nach § 13 BImSchG nicht von der Genehmigung eingeschlossen werden (§ 21 Abs. 2 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Verordnung über das Genehmigungsverfahren, 9. BImSchV).

IV. Antragsunterlagen

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

Der Antrag vom 9. Juni 2024

Antragsunterlagen gemäß Inhaltsverzeichnis:

Kapitel	Beschreibung	Seiten
1	Antrag	
	Formular 1/1: Antrag nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	1-1 bis 1-5
	Formular 1/2: Genehmigungsbestand der gesamten Anlage	1-6 bis 1-7

2	Inhaltsverzeichnis	2-1 bis 2-4
3	Kurzbeschreibung	
	3.1 Beschreibung der Anlage	3-1
	3.2 Antragsgegenstand	3-2
	3.3 Betrachtung der Auswirkungen	3-2 bis 3-4
4	Inhaltsdarstellung der Unterlagen, die Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthalten	4-1
	4.1 Begründung des Antrags nach § 16 Abs. 2 BImSchG	4-1
5	Standort und Umgebung der Anlage	
	5.1 Lage des Standortes	5-1 bis 5-4
	5.2 Lage der Anlage im Werksgelände	5-4 bis 5-5
	5.3 Topographische Karte	5-6
	Lageplan Merck, Werk Darmstadt GA39_BLD004_G01GA	
	Standort Darmstadt von Merck WERK_DA_BLD006_G01GG	
6	Anlagen- und Verfahrensbeschreibung, Betriebsbeschreibung	
	6.1 Überblick über die Anlage, Einordnung des Projekts	6-1
	6.2 Beschreibung des Projekts	6-1
	Formular 6/1: Betriebseinheiten	6-2
	6.3 Apparatelite*	6 Seiten
	6.4 Verfahrensbeschreibung*	6-3 bis 6-10
	6.5 Betriebsbeschreibung	6-11 bis 6-12
	Übersichtsplan Apparate Kellergeschoss GA39_ALD017_G02GA*	
	Übersichtsplan Apparate 1. Obergeschoss GA39_ALD016_G02GA*	
	Übersichtsplan Apparate 3. Obergeschoss GA39_ALD018_G02GA*	
7.	Stoffe, Stoffmengen, Stoffdaten	
	Für die LCO-Produktion*	
	Formular 7/1: Art und Jahresmenge der Eingänge*	7-1 bis 7-2
	Formular 7/2: Art und Jahresmenge der Ausgänge*	7-3
	Formular 7/3: Art und Jahresmenge von Zwischenprodukten*	7-4
	Formular 7/4: Art und Jahresmenge sonstiger Abfälle*	7-5
	Für die LCP5-Produktion*	
	Formular 7/1: Art und Jahresmenge der Eingänge*	7-6
	Formular 7/2: Art und Jahresmenge der Ausgänge*	7-7

	Formular 7/3: Art und Jahresmenge von Zwischenprodukten*	7-8
	Formular 7/4: Art und Jahresmenge sonstiger Abfälle*	7-9
	Formular 7/5: Maximaler Hold-up gefährlicher Stoffgruppen pro Betriebseinheit im bestimmungsgemäßen Betrieb*	7-10 bis 7-16
	Formular 7/6 Stoffdaten Tabelle 1*	39 Seiten
	Formular 7/6 Stoffdaten Tabelle 2*	12 Seiten
	Formular 7/6 Stoffdaten Tabelle 3*	8 Seiten
8	Luftreinhaltung	8-1
9	Abfälle	
	Für die LCO-Produktion	
	Formular 9/1: Angaben zur schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	9-1
	Formular 9/2: Angaben zur gemeinwohlverträglichen Beseitigung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	9-2 bis 9-3
	Für die CP5-Produktion	
	Formular 9/1: Angaben zur schadlosen und ordnungsgemäßen Verwertung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	9-4 bis 9-5
	Formular 9/2: Angaben zur gemeinwohlverträglichen Beseitigung von Abfällen gem. § 5 Abs. 1 Nr. 3 BImSchG	9-6
10	Abwasserdaten	10-1 bis 10-10
11	Abfallentsorgungsanlagen	11-1
12	Abwärmenutzung	12-1
13	Lärm, Erschütterungen und sonstigen Immissionen	13-1
14	Anlagensicherheit - Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft sowie der Arbeitnehmer*	14-1
	14.1 Anwendungsvoraussetzungen der Störfall-Verordnung*	14-1
	14.2 Sicherheitsbericht, Alarm- und Gefahrenabwehrplan*	14-1 bis 14-12
	14.3 Sicherheitsbetrachtung*	14-13 bis 14-17
	Formular 14/1: Vorhandensein gefährlicher Stoffe nach § 2 Nr. 2 der Störfall-Verordnung (Störfall-Stoffe) in der hier beantragten Anlage	14-18 bis 14-19
	Formular 14/2: Vorhandensein gefährlicher Stoffe nach § 2 Nr. 4 der Störfall-Verordnung (Störfall-Stoffe) im Betriebsbereich	14-20 bis 14-25
	Formular 14/3: Land-Use-Planning (LUP)	14-26 bis 14-27

	Anhang zu Kapitel 14: Bedrohungsanalyse Drohnenangriffe	14-28 bis 14-34
15	Arbeitsschutz	
	Formular 15/1: Arbeitsstättenverordnung	15-1 bis 15-2
	Formular 15/2: Gefahrstoffverordnung, Betriebssicherheitsverordnung	15-3 bis 15-8
	Formular 15/3: Sonstige spezielle Arbeitsschutzvorschriften	15-9 bis 15-10
16	Brandschutz	
	Formular 16/1.1: Brandschutz für das Gebäude-/Anlagenteil: H2, H3, H4	16-1
	Formular 16/1.2: Brandschutz für das Gebäude-/Anlagenteil: H2	16-2 bis 16-4
	Formular 16/1.3: Brandschutz für das Gebäude-/Anlagenteil: H3	16-5 bis 16-7
	Formular 16/1.2: Brandschutz für das Gebäude-/Anlagenteil: H4 / Nord	16-8 bis 16-10
	Formular 16/1.2: Brandschutz für das Gebäude-/Anlagenteil: H4 / Süd	16-11 bis 16-13
	Anhang zu Kapitel 16: Verhalten im Notfall Gebäude: H2	1 Seite
	Anhang zu Kapitel 16: Verhalten im Notfall Gebäude: H3	1 Seite
	Übersichtsplan H2 - H3 vom 23.02.2024	1 Seite
17	Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	17-1
18	Bauantrag	18-1
19	Sonstige Konzessionen	19-1
20	Unterlagen für die Umweltverträglichkeitsprüfung	20-1
	20.1 Angaben gemäß Anlage 2 UVPG, Angaben des Vorhabenträgers zur Vorbereitung der Vorprüfung	20-2
	Formular 20/2: Kriterien für die Vorprüfung im Rahmen einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach Anlage 3 UVPG	20-3 bis 20-9
21	Maßnahmen nach Betriebseinstellung	21-1
22	Ausgangszustandsbericht für IE-Anlagen*	22-1
	Formular 22/1 Ausgangszustandsbericht für IE-Anlagen*	22-2 bis 22-14
	Begründung zum AZB, Revisions schreiben 2	5 Seiten
	IED-Zonenplan GA39_BLD003_G02GA	

* Betriebsgeheim

V. Nebenbestimmungen gemäß § 12 BImSchG

1. Allgemeines

1.1.

Die Genehmigung erlischt, wenn nicht innerhalb von zwei Jahren nach Vollziehbarkeit des Genehmigungsbescheids der Betrieb in der geänderten Form aufgenommen wird.

Die Frist kann auf Antrag verlängert werden.

1.2.

Die Urschrift oder eine Kopie des Bescheides sowie der dazugehörenden o.a. Unterlagen sind am Betriebsort aufzubewahren und den im Auftrag der Genehmigungs- oder Überwachungsbehörden tätigen Personen auf Verlangen vorzulegen.

1.3.

Die erstmalige Inbetriebnahme der geänderten Anlage ist der zuständigen Genehmigungsbehörde mindestens zwei Wochen vorher elektronisch mitzuteilen.

1.4.

Ein Betreiberwechsel ist der zuständigen Überwachungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

1.5.

Der Anlagenbetreiber hat der zuständigen Behörde unverzüglich jede im Hinblick auf § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BImSchG bedeutsame Störung des bestimmungsgemäßen Betriebs der Anlage mitzuteilen.

1.6.

Die Anlage ist entsprechend den vorgelegten und im Abschnitt IV genannten Unterlagen zu ändern und in veränderter Weise zu betreiben, soweit im Folgenden keine abweichenden Regelungen getroffen werden.

1.7.

Die Nebenbestimmungen früher erteilter Genehmigungen/Erlaubnisse gelten fort, soweit im Folgenden keine Änderungen oder weiter gehenden Maßnahmen gefordert werden.

1.8.

Ergeben sich Widersprüche zwischen dem Inhalt der Antragsunterlagen und den nachfolgenden Nebenbestimmungen, so gelten die Letzteren.

2. Maßnahmen nach Betriebseinstellung

2.1.

Die für die Anlage H2 bereits jetzt geltenden Nebenbestimmungen zur Betriebseinstellung gelten uneingeschränkt auch für die hiermit genehmigten Änderungen.

Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

3. Abfallwirtschaft

3.1.

Die beim Betrieb der Anlage anfallenden Abfälle sind den nachfolgend aufgeführten Abfallschlüsseln gemäß § 2 der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (AVV) an der Anfallstelle zuzuordnen.

interne Bezeichnung	Abfall-schlüssel nach AVV	Abfallbezeichnung nach AVV
A _B 03; NH ₄ OH	06 02 03*	Ammoniumhydroxid
A _V 01; Mutterlauge	07 07 03*	halogenorganische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlauge
A _V 01; DMF	07 07 04*	andere organische Lösemittel, Waschflüssigkeiten und Mutterlauge
A _V 02; THF		
A _V 02; Destillat		
A _V 03; Mutterlauge		
A _B 01; anorganische Salze	07 07 08*	andere Reaktions- und Destillationsrückstände
A _B 01; Inaktivierte Zellreste aus Zentrifugation	07 07 99	Abfälle a.n.g.
A _B 02; Inaktivierter Filterkuchen		
A _V 03.1, A _V 04.1; Papier und Pappe	15 01 01	Verpackungen aus Papier und Pappe
A _V 03.2, A _V 04.2; Kunststoff	15 01 02	Verpackungen aus Kunststoff
A _V 04.3; Glas	15 01 07	Verpackungen aus Glas
A _B 02; A _B 04; Gewerbeabfall	20 03 01	gemischte Siedlungsabfälle

3.2.

Änderungen der Abfallschlüssel können nur in begründeten Einzelfällen und mit schriftlicher Zustimmung der zuständigen Abfallerzeugerbehörde erfolgen. Diese Zustimmung muss vor Beginn der Entsorgung erteilt werden.

3.3.

Fallen beim Betrieb der Anlage, bei Reinigungs- und Wartungsarbeiten oder bei Betriebsstilllegung nachweispflichtige Abfälle an, die noch nicht im Rahmen von Genehmigungen beurteilt wurden, sind diese der zuständigen Abfallbehörde vor der Entsorgung anzuzeigen.

4. Arbeitsschutz

4.1.

Die Gefährdungen gemäß TRGS 720 sind durch ggf. auftretende explosionsfähige Atmosphäre zu beurteilen, da leicht entzündbare Stoffe (Ethanol, Methanol u.a.) zur Verwendung kommen.

Ergibt die Beurteilung rein passiver technischer Maßnahmen, wie z.B. Dichtheit von Behältern oder Anlagen oder natürliche Lüftung, dass das Auftreten gefährlicher explosionsfähiger Atmosphäre sicher verhindert ist, sind keine weiteren Explosionsschutzmaßnahmen erforderlich. Dies ist gemäß TRGS720 in der Gefährdungsbeurteilung zu dokumentieren.

Sind Schutzmaßnahmen festzulegen, so ist eine Explosionsschutzdokumentation vor Inbetriebnahme und laufend vor Veränderungen, Erweiterungen oder Umgestaltungen der Arbeitsmittel und des Arbeitsablaufes fortzuschreiben.

5. Brandschutz

5.1.

Die bestehende, genehmigte brandschutztechnische Beschreibung (Brandschutzkonzept) ist zu beachten und umzusetzen.

5.2.

Die einsatzrelevanten Unterlagen für die Feuerwehr (z.B. Feuerwehr- und /oder Alarmpläne) sind, sofern erforderlich, entsprechend anzupassen.

VI. Begründung

Rechtsgrundlagen

Dieser Bescheid ergeht auf Grund von § 16 BImSchG in Verbindung mit Nr. 4.1.21 des Anhangs der 4. Verordnung zur Durchführung des BImSchG (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV).

Zuständige Genehmigungsbehörde ist nach § 1 der Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung (ImSchZuV) das Regierungspräsidium Darmstadt.

Genehmigungshistorie

Die bestehende Anlage wurde am 10. Dezember 1959 nach der Hessischen Bauordnung durch den Magistrat der Stadt Darmstadt unter dem Aktenzeichen B299/58 II4/K/Ka genehmigt. Die Anlage wurde nach § 67 BImSchG beim Regierungspräsidium Darmstadt angezeigt und die Anzeige am 25. Juli 2013 bestätigt.

Die letzte wesentliche Änderung der bestehenden Anlage wurde nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes am 23. Mai 2014 durch das Regierungspräsidium Darmstadt unter dem Aktenzeichen IV/Da 43.2-53e621-MD-121a-Gla genehmigt.

Verfahrensablauf

Die Merck Life Science KGaA hat am 9. Juni 2024 beantragt, die Genehmigung zur wesentlichen Änderung und zum Betrieb der Anlage zur Herstellung von Stoffen durch biochemische Umwandlung zu erteilen.

Die Antragsunterlagen wurden auf offensichtliche Mängel geprüft und von der Antragstellerin am 2. August 2024 entsprechend vervollständigt.

Die Vollständigkeit der Unterlagen wurde zum 4. September 2024 festgestellt.

Dem Antrag nach § 16 Abs. 2 BImSchG, auf die öffentliche Bekanntmachung des Vorhabens zu verzichten, wurde stattgegeben.

Ausgangszustandsbericht

Bei der Anlage handelt es sich um eine IED-Anlage (Nr. 4.1.21, Eintrag E in Spalte d im Anhang 1 zur 4. BImSchV), daher ist für relevante gefährliche Stoffe nach § 3 Abs. 10 BImSchG ein Bericht über den Ausgangszustand von Boden und Grundwasser (Ausgangszustandsbericht) zu erstellen, wenn die Möglichkeit einer Verschmutzung des Bodens und des Grundwassers nicht ausgeschlossen werden kann (§ 10 Abs. 1a BImSchG).

Gegenstand dieses Vorhabens ist eine Kleinmengenproduktion der Stoffe LCO und CP5. Verschiedene Stoffe sind gemäß CLP Verordnung gekennzeichnet und in die WGK 1 bis 3 eingestuft. Der max. Hold Up in der Anlage überschreitet für sieben Stoffe die Mengenschwelle der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO).

In den Antragsunterlagen führt die Antragstellerin aus, dass

- die gesamte Anlagefläche versiegelt und überbaut ist,
- Bereiche mit Handhabung wassergefährdender Stoffe entsprechend den Vorgaben der AWsV errichtet und betrieben werden,
- ausreichend bemessene Rückhaltevolumina für alle AwSV Anlagen vorhanden sind,

- die im Antrag aufgeführten Stoffmengen sich auf mehrere, kleinere Einzelanlagen und Gebinde verteilen und
- über mehrere Stockwerke verteilt sind,
- die Anlagen durch qualifiziertes, geschultes Personal bedient werden,
- die Anlagen kontinuierlich durch anwesendes Personal überwacht werden

Weiterhin gab es bei bisherigen Vor-Ort-Überprüfungen der Anlagen durch das Dezernat IV/Da 41.4 Abwasser, anlagenbezogener Gewässerschutz keine Hinweise auf Stofffreisetzungen.

Unter Berücksichtigung aller dargestellten Maßnahmen, welche auch Maßnahmen umfassen, die über die rechtlichen Anforderungen nach Wasserrecht hinausgehen, sowie den Randbedingungen des vorliegenden Vorhabens, kann nach fachlicher Einschätzung der Dezernate IV/Da 41.4 Abwasser, anlagenbezogener Gewässerschutz und IV/Da 41.5 Bodenschutz der Antragstellerin gefolgt werden, dass mit dem Betrieb der Anlage vernünftiger Weise eine Stofffreisetzung in den Boden und das Grundwasser auszuschließen ist. Die Vorlage eines Ausgangszustandsberichts ist daher nicht erforderlich.

Umweltverträglichkeitsprüfung / Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Das beantragte Vorhaben unterliegt dem Gesetz über die Umweltverträglichkeit (UVPG) und hier speziell der Ziffer 4.2 der Anlage 1, Liste der „UVP-pflichtigen Vorhaben“.

Für diese Anlagen ist in einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls festzustellen, ob Errichtung und Betrieb einer solchen Anlage einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen.

Die dafür vorgeschriebene allgemeine Vorprüfung nach § 9 Abs. 3 i. V. m. § 7 Abs. 1 und Anlage 3 UVPG ergab, dass das geplante Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben kann. Es wird daher festgestellt, dass für das beantragte Vorhaben keine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Diese Feststellung beruht maßgeblich auf folgenden Kriterien und den entsprechenden Merkmalen des Vorhabens:

Das Vorhaben wird auf einem langjährig industriell genutzten Werksgelände realisiert. Die Anlage ist Teil eines Betriebsbereichs der oberen Klasse. Das Vorhaben umfasst die kommerzielle Produktion von LCO und CP5 im Labormaßstab, wodurch sich kein neues sicherheitsrelevantes Anlagenteil (srA) ergibt. Durch die Produktion im Labormaßstab entstehen keine relevanten Emissionen, die Abluft wird über die Raumluft oder die Laborabzüge abgeführt und Lösemittel im Umlaufverdampfer abdestilliert

und aufgefangen. Das in geringen Mengen anfallende Abwasser besitzt Spuren an Schwermetallen und wird der zentralen Abwasserbehandlungsanlage zugeführt. Weiterhin erhöht sich der maximale Hold-Up an toxischen und gewässergefährdenden Stoffen in der Anlage zur Herstellung von Stoffen durch biologische Umwandlung (H2) im Vergleich zur bestehenden Anlage nur geringfügig, wodurch keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen entstehen.

Das Ergebnis wurde gemäß § 5 Abs. 2 UVPG am 7. Oktober 2024 im Staatsanzeiger für das Land Hessen, StAnz. 41/2024 S. 891, veröffentlicht.

Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen

Im Verlauf des Genehmigungsverfahrens war festzustellen, ob die Genehmigungsvoraussetzungen gem. § 6 BImSchG vorliegen oder durch Nebenbestimmungen gem. § 12 BImSchG herbeigeführt werden können.

Folgende Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird (vgl. § 10 Abs. 5 BImSchG), wurden beteiligt:

- Der Magistrat der Stadt Darmstadt - im Hinblick auf brandschutztechnische Fragen
- Das Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Die durch das Vorhaben betroffenen Fachdezernate der Genehmigungsbehörde hinsichtlich
 - o der Belange des Arbeitsschutzes,
 - o wasserrechtlicher und abfallrechtlicher Belange sowie
 - o Belange des Immissionsschutzes und des Bodenschutzes

Als Ergebnis der behördlichen Prüfungen ist folgendes festzuhalten:

Immissionsschutz

Luftreinhaltung

Die Pflichten nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 BImSchG - Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen - werden erfüllt.

Aufgrund der geringen Produktionsmengen im Labormaßstab sowie des Verwendens von Rotationsverdampfern beim Destillieren von Lösemitteln sind keine relevanten Emissionen zu besorgen.

Weitergehende Maßnahmen sind daher nicht zu fordern.

Lärmschutz

Durch das beantragte Vorhaben entstehen keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Lärm, da keine neuen lärmrelevanten Apparate hinzukommen und die Produktion im Labormaßstab innerhalb der Gebäude stattfindet. Die Pflichten nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG werden somit erfüllt.

Anlagensicherheit

Beim Betriebsbereich der Merck Life Science KGaA am Standort Darmstadt handelt es sich um einen Betriebsbereich der oberen Klasse nach Störfall-Verordnung (§ 2 Nr. 2 der 12. BImSchV).

Die hier geänderte Anlage H2 stellt aufgrund der gehandhabten Menge an Stoffen gemäß Anhang I der 12. BImSchV keinen sicherheitsrelevanten Teil des Betriebsbereichs dar.

Gegenstand des Vorhabens ist die kommerzielle Produktion von 0,3 kg/a Lipochitooligosaccharid (LCO) im Labormaßstab innerhalb der Labore H2/R015, H3/214, H3/215 sowie die kommerzielle Produktion von 1,085 kg/a Cyclopeptide-5 Stufe 12 (CP5) im Labormaßstab innerhalb des Labors H4/452.

Durch die Produktion der zwei neuen Produkte Lipochitooligosaccharid (LCO) und Cyclopeptide-5 Stufe 12 (CP5) im Labormaßstab ergibt sich kein relevanter Einfluss auf den maximalen Hold-Up an gefährlichen Stoffen innerhalb der Anlage H2. Auch resultieren durch die Umsetzung des Vorhabens keine neuen sicherheitsrelevanten Anlagenteile und die Anlage H2 wird auch nach Genehmigungserteilung kein sicherheitsrelevanter Teil des Betriebsbereichs sein. Die Antragstellerin hat in ihren Antragsunterlagen dargelegt, dass sie dem Stand der Sicherheitstechnik entsprechende Maßnahmen zur Verhinderung von Störfällen und zur Begrenzung von Störfallauswirkungen dargelegt hat.

Es waren daher keine weiteren Maßnahmen zu fordern.

Die Pflichten nach § 5 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BImSchG hinsichtlich der Sicherheit der Anlage sind daher als erfüllt anzusehen.

Energieeffizienz

Im Rahmen des Vorhabens werden die zwei Produkte Lipochitooligosaccharid (LCO) und Cyclopeptide-5 Stufe 12 (CP5) im Labormaßstab bei Temperaturen zwischen 15 °C und 40 °C hergestellt. Durch die geringe Produktionsmenge bei zugleich niedrigen Temperaturen ist eine Restwärmenutzung nicht möglich.

Insofern wird das Gebot des § 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG als erfüllt angesehen.

Betriebseinstellung

Im Hinblick auf § 5 Abs. 3 BImSchG - Maßnahmen bei Betriebseinstellung - hat die Antragstellerin die aus heutiger Sicht denkbaren und erforderlichen Schritte dargelegt.

Dennoch erscheint es erforderlich, die jetzt bereits absehbar notwendigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Durchführung dieser Aufgabe vorzuschreiben. Dies ist in Kapitel V.2.1. des vorliegenden Bescheides erfolgt.

Diese Regelungen können allerdings naturgemäß nicht vollständig sein. Details oder erforderliche weitergehende Maßnahmen werden erst im Rahmen der Anzeige nach § 15 Abs. 3 BImSchG festgelegt werden können.

Aus heutiger Sicht kann auf Grund der Angaben in den Antragsunterlagen und unter Berücksichtigung der Festlegungen des vorliegenden Bescheides festgestellt werden, dass § 5 Abs. 3 BImSchG erfüllt wird.

Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften

Brandschutz

Die Unterlagen wurden von der zuständigen Behörde geprüft, die bei Beachtung der aufgeführten Nebenbestimmungen V.6.1. und V.6.2. keine Bedenken gegen die Änderung und Betrieb der Anlage vorgetragen hat.

Bodenschutz

Bodenschutzrechtliche Belange wurden von der zuständigen Fachbehörde geprüft. Aus bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken gegen die Durchführung des geplanten Vorhabens.

Wasserrecht

Wasserwirtschaftliche Belange (Abwasser, wassergefährdende Stoffe) wurden geprüft und ergaben keine einer Genehmigung entgegenstehende Argumente.

Abfallwirtschaft

Gegen die Erteilung der beantragten Genehmigung bestehen aus abfallrechtlicher Sicht keine Bedenken, wenn die im Genehmigungsbescheid aufgeführten Nebenbestimmungen V.3.1- bis V.3.3. befolgt werden.

Arbeitsschutz

Aus Sicht des Arbeitsschutzes ist das Projekt - unter Beachtung der aufgeführten Nebenbestimmung V.4.1. - genehmigungsfähig.

Einer Genehmigung stehen somit auch andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes nicht entgegen. Die von den beteiligten Fachbehörden abgegebenen Stellungnahmen beurteilen die beantragten Maßnahmen grundsätzlich positiv. Die vorgeschlagenen Nebenbestimmungen haben ihren Niederschlag im Genehmigungsbescheid gefunden.

Zusammenfassende Beurteilung

Gemäß § 6 BImSchG in Verbindung mit den §§ 5 und 7 BImSchG ist die Genehmigung zu erteilen, wenn unter Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt

- schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft nicht hervorgerufen werden können,
- Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen getroffen wird, insbesondere durch die dem Stand der Technik entsprechenden Maßnahmen,
- Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden,
- Energie sparsam und effizient verwendet wird,
- der Betreiber seinen Pflichten bei Betriebseinstellung nachkommen wird und
- andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Die Prüfung des Antrags durch die Genehmigungsbehörde sowie die eingeholten Stellungnahmen haben ergeben, dass die oben genannten Voraussetzungen nach den §§ 5 und 6 BImSchG unter Berücksichtigung der unter Abschnitt V. aufgeführten Nebenbestimmungen erfüllt sind und damit Beeinträchtigungen durch die betreffende Anlage nicht zu erwarten sind.

Die gemäß § 12 BImSchG unter Abschnitt V. aufgeführten Nebenbestimmungen stützen sich insbesondere auf das BImSchG, die AVV und sonstige in anerkannten technischen Regeln niedergelegte Vorschriften. Sie dienen dem Immissions- und Arbeitsschutz, dem Brandschutz und der allgemeinen Sicherheit.

Sie sind teilweise auch aus Gründen der Klarstellung erforderlich und ergänzen insoweit die Festlegungen in den Antragsunterlagen, soweit diese auslegungsfähig waren.

Da auch andere öffentlich-rechtliche Vorschriften dem beantragten Vorhaben nicht entgegenstehen, ist die Genehmigung zu erteilen.

VII. Kostenentscheidung und -festsetzung

Begründung der Kostenentscheidung

Die Kostenentscheidung beruht auf den §§ 1 Abs.1, 2 Abs.1, 11 und 14 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes (HVwKostG). Die Gebührentatbestände folgen aus § 2 HVwKostG in Verbindung mit der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HVwKostO-MUKLV).

Über die zu erhebenden Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen) ergeht ein gesonderter Bescheid.

VIII. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden beim:

**Verwaltungsgericht Darmstadt
Julius-Reiber-Straße 37
64293 Darmstadt**

Im Auftrag

Dr. Gregor Meyer

Anhang

1. Abkürzungs- und Fundstellenverzeichnis
2. Hinweise

Anlage

- 1 Ordner Antragsunterlagen, Exemplar Nr. 2

1. Abkürzungs- und Fundstellenverzeichnis

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
ABBergV	Allgemeine Bundesbergverordnung	23.10.1995 (BGBl. I S. 1466)	18.10.2017 (BGBl. I S. 3584)
AbfVerbrG	Abfallverbringungsgesetz	19.07.2007 (BGBl. I S. 1462)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
AbwAG	Abwasserabgabengesetz	In der Fassung vom 18.01.2005 (BGBl. I S. 114)	22.08.2018 (BGBl. I S. 1327)
AbwV	Abwasserverordnung	In der Fassung vom 17.06.2004 (BGBl. I S. 1108, 2625)	17.04.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 132)
AllgVwKostO	Allgemeine Verwaltungskostenordnung	11.12.2009 (GVBl. I S. 763)	03.05.2024 (GVBl. 2024 Nr. 16)
AltfahrzeugV	Altfahrzeug-Verordnung	In der Fassung vom 21.06.2002 (BGBl. I S. 2214)	18.11.2020 (BGBl. I S. 2451)
AltholzV	Altholzverordnung	15.08.2002 (BGBl. I S. 3302)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
AltölV	Altöl-Verordnung	In der Fassung vom 16.04.2002 (BGBl. I S. 1368)	05.10.2020 (BGBl. I S. 2091)
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz	07.08.1996 (BGBl. I S. 1246)	15.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 236)
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung	12.08.2004 (BGBl. I S. 2179)	27.03.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 109)
ASR	Arbeitsstättenrichtlinien, diverse		
AVV	Abfallverzeichnis-Verordnung	10.12.2001 (BGBl. I S. 3379)	30.06.2020 (BGBl. I S. 1533)
AwSV	Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen	18.04.2017 (BGBl. I S. 905)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
BauGB	Baugesetzbuch	03.11.2017 (BGBl. I S. 3634)	20.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)
BauNVO	Baunutzungsverordnung	21.11.2017 (BGBl. I S. 3786)	03.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176)
BaustellV	Baustellenverordnung	10.06.1998 (BGBl. I S. 1283)	19.12.2022 (BGBl. 2023 I Nr. 1)
BBergG	Bundesberggesetz	13.08.1980 (BGBl. I S. 1310)	23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
BBodSchG	Bundes-Bodenschutzgesetz	17.03.1998 (BGBl. I S. 502)	25.02.2021 (BGBl. I S. 306)
BBodSchV	Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung	12.07.1999 (BGBl. I S. 1554)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung	03.02.2015 (BGBl. I S. 49)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
BG-V	Brennstoffwechsel-Gasmangellage-Verordnung	19.10.2022 (BGBl. I S. 1812)	
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz	In der Fassung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274; BGBl. I 2021 S. 123)	03.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225; 340)
1. BImSchV	Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen	In der Fassung vom 26.01.2010 (BGBl. I S. 38)	13.10.2021 (BGBl. I S. 4676)
2. BImSchV	Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen	10.12.1990 (BGBl. I S. 2694)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
4. BImSchV	Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen	In der Fassung vom 31.05.2017 (BGBl. S. 1440)	12.10.2022 (BGBl. I S. 1799)
5. BImSchV	Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte	30.07.1993 (BGBl. I S. 1433)	28.04.2015 (BGBl. I S. 670)
7. BImSchV	Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub	18.12.1975 (BGBl. I S. 3133)	
9. BImSchV	Verordnung über das Genehmigungsverfahren	In der Fassung vom 29.05.1992 (BGBl. I S. 1001)	03.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225; 340)
10. BImSchV	Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen	08.12.2010 (BGBl. I S. 1849)	13.12.2019 (BGBl. I S. 2739)
11. BImSchV	Verordnung über Emissionserklärungen	In der Fassung vom 05.03.2007 (BGBl. I S. 289)	09.01.2017 (BGBl. I S. 42)
12. BImSchV	Störfall-Verordnung	In der Fassung vom 15.03.2017 (BGBl. I S. 483)	03.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225; 340)
13. BImSchV	Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)	

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
16. BImSchV	Verkehrslärmschutzverordnung	12.06.1990 (BGBl. I S. 1036)	04.11.2020 (BGBl. I S. 2334)
17. BImSchV	Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen	02.05.2013 (BGBl. I S. 1021, 1044, 3754)	13.02.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 43)
20. BImSchV	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen oder Lagern von Ottokraftstoffen, Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin	In der Fassung vom 18.08.2014 (BGBl. I S. 1447)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
30. BImSchV	Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen	20.02.2001 (BGBl. I S. 305)	12.10.2022 (BGBl. I S. 1800)
31. BImSchV	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen	10.01.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 7)	
41. BImSchV	Bekanntgabeverordnung	02.05.2013 (BGBl. I S. 973)	10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)
42. BImSchV	Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider	12.07.2017 (BGBl. I S. 2379; 2018 I S. 202)	
44. BImSchV	Verordnung über mittelgroße Feuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen	13.06.2019 (BGBl. I S. 804)	12.10.2022 (BGBl. I S. 1801)
BioAbfV	Bioabfallverordnung	In der Fassung vom 04.04.2013 (BGBl. I S. 658)	28.04.2022 (BGBl. I S. 700; 2023 I Nr. 153)
BioStoffV	Biostoffverordnung	15.07.2013 (BGBl. I S. 2514)	21.07.2021 (BGBl. I S. 3115)
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz	29.07.2009 (BGBl. I S. 2542)	23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
ChemBiozidDV	Biozidrechts-Durchführungsverordnung	18.08.2021 (BGBl. I S. 3706)	
ChemG	Chemikaliengesetz	In der Fassung vom 28.08.2013 (BGBl. I S. 3498)	16.11.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 313)
ChemKlimaschutzV	Chemikalien-Klimaschutzverordnung	02.07.2008 (BGBl. I S. 1139)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
ChemOzonSchichtV	Chemikalien-Ozonschichtverordnung	15.02.2012 (BGBl. I S. 409)	19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)
ChemVerbotsV	Chemikalien-Verbotsverordnung	20.01.2017 (BGBl. I S. 94)	13.02.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 43)
CLP-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006	16.12.2008 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1)	19.06.2024 (ABl. L, 2024/2564, 30.09.2024)
DepV	Deponieverordnung	27.04.2009 (BGBl. I S. 900)	03.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225; 340)
EAG-BehandV	Elektro- und Elektronik-Altgeräte-Behandlungsverordnung	21.06.2021 (BGBl. I S. 1841)	
EMASPrivilegV	EMAS-Privilegierungs-Verordnung	24.06.2002 (BGBl. I S. 2247)	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz	20.10.2015 (BGBl. I S. 1739)	08.12.2022 (BGBl. I S. 2240)
ErsatzbaustoffV	Ersatzbaustoffverordnung	09.07.2021 (BGBl. I S. 2598)	13.07.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 186)
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung	26.11.2010 (BGBl. I S. 1643)	21.07.2021 (BGBl. I S. 3115)
GewAbfV	Gewerbeabfallverordnung	18.04.2017 (BGBl. I S. 896)	28.04.2022 (BGBl. S. 700)
GewO	Gewerbeordnung	In der Fassung vom 22.02.1999 (BGBl. I S. 202)	23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
HAKrWG	Hessisches Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz	06.03.2013 (GVBl. S. 80)	03.05.2018 (GVBl. S. 82)
HAItBodSchG	Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz	28.09.2007 (GVBl. I S. 652)	30.09.2021 (GVBl. S. 602, 701)
HBKG	Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz	14.01.2014 (GVBl. S. 26)	30.09.2021 (GVBl. S. 602)
HBO	Hessische Bauordnung	28.05.2018 (GVBl. S. 198)	11.07.2024 (GVBl. 2024 Nr. 32)

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
HDSchG	Hessisches Denkmalschutzgesetz	28.11.2016 (GVBl. S. 211)	
HeNatG	Hessisches Naturschutzgesetz	25.05.2023 (GVBl. S. 379)	10.10.2024 (GVBl. 2024 Nr. 57)
HessAGVwGO	Hessisches Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung	In der Fassung vom 27.10.1997 (GVBl. I S. 381)	09.12.2022 (GVBl. S. 764)
HLPG	Hessisches Landesplanungsgesetz	12.12.2012 (GVBl. S. 590)	19.07.2023 (GVBl. S. 584)
HUIG	Hessisches Umweltinformationsgesetz	14.12.2006 (GVBl. I S. 659)	09.09.2019 (GVBl. S. 229)
H-VV TB	Hessische Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen	01.08.2023 (StAnz. S. 1079)	
HVwVfG	Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz	In der Fassung vom 15.01.2010 (GVBl. I S. 18)	16.02.2023 (GVBl. S. 78)
HVwKostG	Hessisches Verwaltungskostengesetz	In der Fassung vom 12.01.2004 (GVBl. I S. 36)	23.06.2018 (GVBl. S. 330)
HWG	Hessisches Wassergesetz	14.12.2010 (GVBl. I S. 548)	28.06.2023 (GVBl. S. 473)
HWaldG	Hessisches Waldgesetz	27.06.2013 (GVBl. S. 458)	22.02.2022 (GVBl. S. 126)
ImSchZuV	Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung	26.11.2014 (GVBl. S. 331)	13.03.2019 (GVBl. S. 42)
IZÜV	Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung	02.05.2013 (BGBl. I S. 973, 1011, 3756)	03.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225; 340)
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz	24.02.2012 (BGBl. I S. 212)	02.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
KNV-V	KWK-Kosten-Nutzen-Vergleichs-Verordnung	28.04.2015 (BGBl. I S. 670)	06.07.2021 (BGBl. I S. 2514)
KSG	Bundes-Klimaschutzgesetz	12.12.2019 (BGBl. I S. 2513)	15.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 235)
LärmVibrationsArbSchV	Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung	06.03.2007 (BGBl. I S. 261)	21.07.2021 (BGBl. I S. 3115)
NachwV	Nachweisverordnung	20.10.2006 (BGBl. I S. 2298)	28.04.2022 (BGBl. S. 700)
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten	In der Fassung vom 19.02.1987 (BGBl. I S. 602)	12.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 234)
PlanSiG	Planungssicherstellungsgesetz	20.05.2020 (BGBl. I S. 1041)	04.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 344)
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146, 3147)	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146)
REACH-Verordnung	Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission	18.12.2006 (ABl. L 396 vom 30.12.2006 S. 1)	19.09.2024 (ABl. L, 2024/2462, 20.09.2024)
ROG	Raumordnungsgesetz	22.12.2008 (BGBl. I S. 2986)	22.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88)
SprengG	Sprengstoffgesetz	In der Fassung vom 10.09.2002 (BGBl. I S. 3518)	02.03.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 56)
2. SprengV	2. Verordnung zum Sprengstoffgesetz	in der Fassung vom 10.09.2002 (BGBl. I S. 3543)	29.03.2017 (BGBl. I S. 626)
3. SprengV	3. Verordnung zum Sprengstoffgesetz	23.06.1978 (BGBl. I S. 783)	25.07.2013 (BGBl. I S. 2749)
StGB	Strafgesetzbuch	In der Fassung vom 13.11.1998 (BGBl. I S. 3322)	30.07.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 255)
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm	26.08.1998 (GMBI. S. 503)	01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)
TA Luft	Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft	18.08.2021 (GMBI. S. 1050)	
TEHG	Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz	21.07.2011 (BGBl. I S. 1475)	10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)
TPrüfV	Technische Prüfverordnung	04.12.2020 (GVBl. I 857)	
ÜAnIG	Gesetz über überwachungsbedürftige Anlagen	27.07.2021 (BGBl. I S. 3146, 3162)	

Abkürzung	Name	Fundstelle	letzte Änderung
UmwRG	Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz	In der Fassung vom 23.08.2017 (BGBl. I S. 3290)	22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 405)
USchadG	Umweltschadengesetz	In der Fassung vom 05.03.2021 (BGBl. I S. 346)	
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung	In der Fassung vom 18.03.2021 (BGBl. I S. 540)	23.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 323)
VerpackG	Verpackungsgesetz	05.07.2017 (BGBl. I S. 2234)	25.10.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 294)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung	In der Fassung vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686)	24.10.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 328)
VwKostO-MUKLV	Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	08.12.2009 (GVBl. I S. 522)	11.07.2022 (GVBl. S. 402)
WasBauPVO	Verordnung zur Feststellung der wasserrechtlichen Eignung von Bauprodukten und Bauarten durch Nachweise nach der Hessischen Bauordnung	20.05.1998 (GVBl. I S. 228)	05.10.2018 (GVBl. S. 642)
WHG	Wasserhaushaltsgesetz	31.07.2009 (BGBl. I S. 2585)	22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)
WindBG	Windenergieflächenbedarfsgesetz	20.07.2022 (BGBl. I S. 1353)	08.05.2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151)

Abkürzung	Bedeutung	weitere Informationen, Bezugsquellen
DIN-Normen	Normen des Deutschen Instituts für Normung e. V.	Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin, https://www.beuth.de/de/
DGUV-Regeln, DGUV-Informationen, DGUV-Grundsätze	Regeln, Informationen und Grundsätze der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V.	https://www.dguv.de/de/praevention/vorschriften_regeln/index.jsp
TRAS	Technische Regeln für Anlagensicherheit	https://www.kas-bmu.de/tras-endqueltige-version.html
TRBA	Technische Regeln für Biologische Arbeitsstoffe	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRBA/TRBA.html
TRBS	Technische Regeln für Betriebssicherheit	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRBS/TRBS.html
TRGS	Technische Regeln für Gefahrstoffe	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRGS/TRGS.html
TRLV	Technische Regeln zur Lärm- und Vibrations-Arbeitsschutzverordnung	https://www.baua.de/DE/Angebote/Rechtstexte-und-Technische-Regeln/Regelwerk/TRLV/TRLV.html
UVV	Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft	Über die jeweilige Berufsgenossenschaft; Adressen siehe https://www.dguv.de/de/bg-uk-lv/index.jsp
VDI-Richtlinien	Richtlinien des Vereins Deutscher Ingenieure e. V.	Informationen unter https://www.vdi.de/richtlinien , Bezug über Beuth-Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10787 Berlin
VdS-Richtlinien, Sicherheitsvorschriften und Merkblätter	Richtlinien, Sicherheitsvorschriften und Merkblätter der VdS Schadenverhütung GmbH	https://shop.vds.de/
vfdb-Richtlinien	Richtlinien der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e. V.	https://www.vfdb.de/veroeffentlichungen/publikationen/richtlinien

2. Hinweise

2.1. Abfallwirtschaft

2.1.1.

Die endgültige Festlegung der Entsorgungswege bei den gefährlichen Abfällen gemäß den Antragsunterlagen ist nicht Bestandteil dieser Genehmigung. Diese erfolgt unabhängig vom Genehmigungsbescheid im Rahmen des erforderlichen abfallrechtlichen Nachweisverfahrens.